

News of The Week



Einigung in Moskau – überraschende Wende im Ukraine-Konflikt



MOSKAU / KIEW (afp) - Nach monatelangen geheimen Verhandlungen haben sich die russische Föderation und die Ukraine offenbar im Krim-Konflikt auf ein Friedensabkommen geeinigt. Eckpunkte des mehrere hundert Seiten umfassenden Vertragsdokumentes sind der Verzicht Russlands auf das Territorium der Halbinsel Krim und die Garantie der Unantastbarkeit des verbliebenen ukrainischen Staatsgebietes. Die Ukraine hat im Gegenzug erklärt, sich unter Beibehaltung ihrer staatlichen Souveränität eng an die Russische Föderation zu binden. Besonders brisant: Ein Zusatzprotokoll sieht unter anderem eine militärische Zusammenarbeit und Beistands-verpflichtung vor. Für die Ukraine endet damit die Kooperation mit der NATO und schlussendlich ihr Ziel, Teil des nordatlantischen Verteidigungssystems zu werden. Russland hat bereits begonnen, die seit Jahren an

der Grenze zur Ukraine gebundenen Truppen abzuziehen. Darüber hinaus haben sich Russland und die Ukraine auf ein Paket umfassender wirtschaftlicher Zusammenarbeit geeinigt.

In Europa wachsen indes die sicherheitspolitischen Bedenken ob der überraschenden Wende in dem jahrelangen Konflikt. Besonders in den neutralen Staaten Nordeuropas, Finnland und Schweden blickt man mit Sorge gen Osten. „Das neue Militärbündnis zwischen Russland und der Ukraine stellt eine akute Bedrohung Westeuropas dar“, formuliert die finnische Ministerpräsidentin Lene Mattila ihre Bedenken. Wir werden uns mit unseren skandinavischen Nachbarn beraten, wie wir dieser Bedrohung unserer Freiheit und Sicherheit begegnen können. Bereits am Abend wird Mattila zu bilateralen Gesprächen mit ihrem schwedischen Amtskollegen Gustaf Lundkvist in Stockholm erwartet.

Matthew Colton, Sprecher des renommierten Think Tanks "Transnational Security Research", prognostiziert, dass die Aufnahme der beiden Staaten in der NATO lediglich eine Frage der Zeit sein dürfte. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich für die Regierungen in Helsinki und Stockholm Alternativen bieten. Wir schätzen die Lage so ein, dass die russische und ukrainische Interessensphäre sich nach Beilegung des Konfliktes nun in Richtung Westen verlagern wird.“ Allein haben weder zunächst Finnland, noch anschließend Schweden der neuen Bedrohung kaum nennenswertes militärisches Potenzial entgegenzusetzen, analysiert Colton.

Im Nato-Hauptquartier in Brüssel indes findet man aktuell niemanden,



der Coltons Einschätzung bestätigen oder dementieren mag. Generalsekretär Ruud deVries bat wortkarg um Verständnis: „Wir müssen die Lageentwicklung an der östlichen Grenze unseres Bündnisses grundsätzlich neu bewerten. Wenn es jedoch darum geht, die territoriale Integrität der Länder Europas zu verteidigen, werden wir auch über unsere Grenzen hinausschauen müssen.“ Eine Sondersitzung des Nato-Rates ist für den kommenden Donnerstag terminiert worden.

Lesen Sie auch: Kommentar, S. 8